



BERND RÜTZEL

sozial - kompetent - nah

NEWSLETTER NOVEMBER 2023

BERND RÜTZEL

Mitglied des
Deutschen Bundestages

Vorsitzender des Ausschusses
für Arbeit und Soziales

Wahlkreis: Main-Spessart/Miltenberg

Betreuungswahlkreis: Aschaffenburg

WAHLKREISBÜRO GEMÜNDEN

Obertorstraße 13

97737 Gemünden

Tel. 09351 6036563

Fax 09351 6058298

bernd.ruetzel.mdb@bundestag.de

BÜRO BERLIN

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel. 030 227 73434

Fax 030 227 76433

bernd.ruetzel@bundestag.de

MIT NUR EINEM KLICK:



LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,

der Oktober war diesmal kein goldener. Der Angriff der Hamas auf Israel und seine Bevölkerung entsetzen uns alle. Die SPD steht entschlossen an der Seite Israels. Die Entwicklungen in Israel und Gaza als Vorwand für Gewalt und antisemitische Hetze in Deutschland zu nutzen, ist verabscheuungswürdig. Wir stellen uns dem entschlossen entgegen.

Auch das Ergebnis der Landtags- und Bezirkswahlen war bitter - für die SPD, aber auch für unsere Demokratie. Es gab einen deutlichen Rechtsruck in Bayern. Der Wahlkampf war geprägt von Populismus und Hetze. Sachdebatten über Landesthemen in denen die CSU/FW-Staatsregierung, wenn überhaupt nur sehr bescheidene Erfolge erzielt oder ganz versagt hat (verschleppte Energiewende und Leitungsbau, nicht gehaltene Versprechen im Wohnungsbau, Schulpolitik mit Lehrermangel, zu großen Klassen,...), spielten kaum eine Rolle.

Stattdessen wird die CDU/CSU nicht müde, täglich gegen die Regierung in bisher nicht gekanntem Ausmaß herzuziehen. Deutschlands Ansehen in der Welt wird dadurch nicht besser. Es schädigt uns alle. Ich finde, dass diese Bundesregierung durch Pandemie, Inflation und Putins Krieg gegen die Ukraine vor gewaltigen Aufgaben steht, die wir am besten gemeinsam meistern. Zugleich muss vieles aufgearbeitet werden, was in der Regierung Merkel liegen geblieben ist. Was ich allerdings zugebe, ist, dass besser und pointierter informiert werden muss.

Gute Zeit, Ihr/Euer

3



Migration
Was wir tun

8



Konferenzen in Berlin
und ganz Deutschland

10



Veranstaltung: Reform des
Postgesetzes

11



Termine im
Oktober

KLARTEXT

FAKE NEWS UND POPULISMUS ERKENNEN UND WIDERSPRECHEN!



Populismus, Angstschürerei, die Flut an Nachrichten und Desinformationskampagnen sind Herausforderungen, denen wir täglich begegnen - und nicht zuletzt in Wahlkampfzeiten. In einer Welt,

in der uns die Nachrichtenflut manchmal regelrecht erdrückt, und Unsicherheit und Misstrauen grassieren, ist es leicht, den Glauben an die Wahrheit zu verlieren. Was ist noch wahr, was ist fake und gezielte Desinformation?

Das herauszufinden ist oftmals nicht einfach, und allzuoft schenkt man der schnellen Schlagzeile zu viel Aufmerksamkeit und Glauben - insbesondere wenn es von Verantwortungsträgern kommt.

Der um sich greifende Populismus ist da reines Gift. Er nutzt Ängste und Sorgen, um politische Macht zu gewinnen, spaltet aber gleichzeitig unsere Gesell-

schaft. Dabei sind es gerade Einigkeit und Zusammenhalt, die uns stark machen. Aktive Angstschürerei geht noch weiter und ist ein mächtiges Werkzeug, um Menschen zu manipulieren.

Was ist also zu tun? Die Antwort ist: Angst überwinden, indem wir uns auf Fakten und Wissen verlassen. Bildung, Quellen hinterfragen und kritisches Denken sind unsere besten Verbündeten gegen die Dunkelheit der Unwissenheit. Zugleich sollten wir uns immer wieder bewusst machen, dass unsere Stärke in der Vielfalt unserer Meinungen und Kulturen liegt.

Deshalb: Lasst uns in diesen herausfordernden Zeiten gegenseitig Mut machen. Lasst uns für eine offene und inklusive Gesellschaft eintreten, in der Unterschiede geschätzt werden. Gemeinsam können wir eine Welt gestalten, die auf Wahrheit, Respekt und Verständnis basiert. Lassen wir uns nicht entmutigen, sondern setzen wir uns für eine bessere Zukunft ein.

10 JAHRE BÜRGERBÜRO GEMÜNDEN

Herzliche Einladung zu diesem besonderen Jubiläum: Seit 10 Jahren hat mein Wahlkreisbüro in Gemünden von Montag bis Freitag von 9 bis 13 Uhr und nach Vereinbarung für alle Menschen geöffnet. Hier haben ich und mein Büroteam schon einige tolle Veranstaltung abgehalten und jede Menge Menschen begrüßt, die einfach mal vorbeischauen oder bei vereinbarten Terminen ihre Anliegen,

Sorgen und Ängste loswerden. Und hier laufen die Fäden zusammen, was die Politik vor Ort im Wahlkreis Main-Spessart/Miltenberg betrifft.

Das muss gefeiert werden. Kommt gerne vorbei, ich freue mich drauf.

HERZLICHE EINLADUNG
zu 10 Jahre Bürgerbüro
XXL-Sprechstunde
mit Kaffee und Kuchen
Mo, 20.11., 9-12 Uhr



pixabay

MIGRATION

WAS WIR TUN UND GETAN HABEN

Obergrenze, Kampf gegen Schleuser, Grenzkontrollen - in Sachen Migrationspolitik werden beinahe täglich neue Forderungen erhoben. Mitunter werden auf populistische Art vorhandene Sorgen ausgenutzt, um Stimmung zu machen, Stimmen zu sammeln und die Ampel-Regierung in einem schlechten Licht darzustellen. Es ist aber keineswegs so, dass die Regierung tatenlos zu sieht und Dinge eskalieren lässt.

Die aktuelle Lage

Bis Anfang Oktober kamen in diesem Jahr bereits 233.744 Menschen aus Drittstaaten nach Deutschland, um hier Asyl zu beantragen. Zusammen mit den ca. 1,1 Millionen Geflüchteten aus der Ukraine bedeutet das für Bund, Länder und Kommunen einen riesigen Kraftakt mit großen Herausforderungen. Gerade die Lage in den Kommunen ist unbestritten schwierig, die vorhandene Infrastruktur oft nicht ausreichend. Irreguläre Migration muss eingedämmt werden und eine bessere Verteilung von Geflüchteten auf alle europäischen Mitgliedstaaten kommen. Es kann nicht sein, dass Menschen ohne Registrierung durch Europa irren und dabei viele Grenzen überqueren, bis sie irgendwann in Deutschland aufgegriffen werden.

Doch absurde Forderungen, ohne wirkliche Lösungen, auch aus der Unions-Fraktion, helfen nicht weiter. Das hilft vielmehr den Rechtspopulisten der AfD. Dabei ist es ganz klar: Es gibt nicht das eine „Wundermittel“ oder die eine „Zaubermaßnahme“.

Wir brauchen auf kurzfristige Problemstellungen langfristige Strategien, denn internationale Krisen – auch über die europäischen Grenzen hinaus – sind nicht steuerbar. Wir sind mit einer Lage konfrontiert, in der wir nicht kurzfristig Abhilfe schaffen können. Insbesondere Fluchtursachenbekämpfung gelingt nur auf lange Sicht. Alle anderen Behauptungen sind unredlich. Markus Söders Vorschlag einer Obergrenze für Geflüchtete hat genauso wie Thorsten Freis Idee der Abschaffung des individuellen Asylrechts weder Hand noch Fuß, sondern war und ist billiger Populismus und Wahlkampfgetöse. Um die aktuellen Herausforderungen zu meistern, brauchen wir ein Zusammenspiel verschiedener Maßnahmen auf unterschiedlichen Ebenen. Und dabei sind wir keinesfalls untätig gewesen!

Europäische Ebene – Gemeinsames Europäisches Asylsystem (GEAS)

Fakt ist: Deutschland kann die aktuellen Probleme nicht alleine lösen. Eine belastbare und tragfähige Lösung finden wir nur gemeinsam mit unseren Partnern in der EU. Beim GEAS hat Bundesinnenministerin Nancy Faeser es geschafft, was alle ihre Unionsvorgänger – Hans-Peter Friedrich, Thomas de Maizière und Horst Seehofer – nicht geschafft haben:

Auf EU-Ebene haben wir im Frühjahr eine historische Einigung im EU-Rat erreicht mit einem Neustart beim Umgang mit Geflüchteten. Am 4. Oktober hat sich der Rat zudem auf eine Position zur Krisenverordnung als letztem Baustein des GEAS verständigt.

Damit ist der Weg frei für die Gesamteinigung auf ein neues Asylsystem in Europa. Durch die verpflichtende Registrierung aller Schutzsuchenden an den EU-Außengrenzen und dortigen Verfahren für Menschen mit sehr geringer Bleibeperspektive sowie einer solidarischen Verantwortungsteilung bei der Aufnahme von Geflüchteten wollen wir humanitäre Standards wahren und die Sekundärmigration nach Deutschland eindämmen. Die bisherigen Dublin-Regelungen sind faktisch gescheitert.

Nationale Gesetzgebung und weitere Maßnahmen

Grenzkontrollen

Sie sind kein Allheilmittel und sorgen nicht für weniger Geflüchtete bei uns, denn diese dürfen an der Grenze nicht zurückgewiesen werden, wenn sie um Asyl nachsuchen. Aber sie bringen einen besseren Überblick über die Migrationslage und helfen dabei Schleusern effektiver das Handwerk zu legen.

An der Grenze zu **Österreich** wird die vorübergehende Wiedereinführung von Binnengrenzkontrollen regelmäßig angeordnet.

An den grenzkontrollfreien **Schengen-Binnengrenzen** führt die Bundespolizei verstärkte grenzpolizeiliche Maßnahmen unterhalb der Schwelle der vorübergehenden Wiedereinführung von Binnengrenzkontrollen durch (Schleierfahndung).

An den derzeit grenzpolizeilich besonders relevanten Landgrenzen zu **Polen**, zu **Tschechien** und zur **Schweiz** hat die Bundespolizei ihre Maßnahmen mit personellen Verstärkungen der Bereitschaftspolizei intensiviert. Gemeinsam sollen künftig auch auf dem Staatsgebiet Polens und Tschechiens Streifen durchgeführt werden, um effektiv gegen Schleuser vorzugehen und unerlaubte Einreisen zu erkennen

und zu verhindern.

Ende September hat Bundesinnenministerin Faeser zudem angeordnet, dass die Bundespolizei flexible Schwerpunktkontrollen zur Überwachung des Grenzgebietes vornimmt – zusätzlich, lageabhängig auch unmittelbar an der Grenzlinie, räumlich wie zeitlich flexibel wechselnd, entlang der Schleusrouten. Auch wurden vorübergehende Binnengrenzkontrollen an den Landgrenzen zu Polen, Tschechien und der Schweiz bei der EU-Kommission notifiziert, damit die Bundespolizei flexibel, je nach aktueller Lage das gesamte Bündel an stationären und mobilen grenzpolizeilichen Maßnahmen einsetzen kann.

Der Druck auf Polen und Tschechien zum besseren Schutz ihrer Grenzen wurde erhöht—auch aufgrund des polnischen Visaskandals, bei dem im großen Stil illegal Visa gegen Schmiergeldzahlungen ausgegeben worden sein sollen, die zur irregulären Migration in die EU und nach Deutschland beigetragen haben.

An der Grenze zur **Slowakei** wurden nun von Polen, Tschechien und Österreich vorerst wieder Grenzkontrollen eingeführt.

Mit der **Schweiz** wurde ein Aktionsplan vereinbart.

Gemeinsam mit anderen hat die Bundesregierung erfolgreich darauf hingewirkt, dass **Serbien** seine Visa-Praxis ändert, um Weiterreisen von dort nach Deutschland zu reduzieren.

Bekämpfung der Schleusung

Nach Erkenntnissen der Bundespolizei wird jede vierte unerlaubt einreisende Person nach Deutschland geschleust. Neben verstärkten Grenzkontrollen und einer Ausweitung der Schleierfahndung wurden verschiedene Maßnahmen und Gesetzesinitiativen gegen die Schleusung auf den Weg gebracht:

- ⇒ Einrichtung einer „Operativen Zentrale zur Analyse der Schleusungskriminalität“ bei der Bundespolizei (OZAS BPOL) zur zentralen Auswertung und Analyse von Schleusungskriminalität
- ⇒ erleichterte Ausweisung von Schleusern und Strafen bei der Schleusung Minderjähriger
- ⇒ engere grenzüberschreitende Kooperation von Polizei und Justiz, um Verfolgungsdruck auf Schleuser zu erhöhen
- ⇒ Verbesserung des operativen Datenaustauschs zwischen den EU-Mitgliedstaaten zur Aufklärung europaweiter Schleuserstrukturen
- ⇒ Stärkung der Präventionsarbeit in den Herkunft- und Transitstaaten
- ⇒ Erweiterung der strategischen und operativen grenzpolizeilichen Maßnahmen mit den Nicht-EU-Staaten an der Westbalkanroute

Beschleunigung Asylverfahren

Das BAMF kann aktuell ca. 230.000 Asylanträge im Jahr bearbeiten. Die durchschnittliche Verfahrensdauer liegt bei 6,6 Monaten. Bei Jahresverfahren, die in den vergangenen zwölf Monaten begonnen und wieder abgeschlossen wurden, sind es 4 Monaten.

Um Verfahren zu beschleunigen und die asylrechtliche Rechtsprechung zu vereinheitlichen, haben wir Ende 2022 Erleichterungen bei den Asylverfahren und im Asylprozessrecht geschaffen. Dadurch ist die gerichtliche Verfahrensdauer in der ersten Instanz bei Erst- und Folgeanträge von 26 auf 22,5 Monate gesunken. Starke Unterschiede gibt es zwischen den Bundesländern: Von weit unter 10 Monaten bis deutlich über 40 Monate Verfahrensdauer. Dabei ist es Aufgabe der Bundesländer, die Gerichte so auszustat-

ten, dass sie Gerichtsverfahren schnell zum Abschluss bringen.

Flüchtlingsfinanzierung

Der Bund unterstützt Länder und Kommunen seit Jahren in erheblichem und zunehmendem Umfang, im Jahr 2022 mit insgesamt etwa 15 Milliarden Euro, vor allem durch eine Pauschale für Geflüchtete, die Zahlung von Bürgergeld an hilfsbedürftige anerkannte Geflüchtete und durch die miet-zinsfreie Überlassung von Gebäuden und Grundstücken des Bundes.

Für 2023 haben Bundeskanzler und Länderchefs im Mai vereinbart, dies auf mehr als 16 Milliarden Euro aufzustocken. Beim nächsten Treffen im November soll die Finanzierung der Bewältigung der Fluchtmigration für die Zukunft geklärt werden.

Rückführung

Die Rückführung abgelehnter Asylsuchender gilt es zu beschleunigen. Die Entwürfe für das „Rückführungsverbesserungsgesetz“ und das Gesetz zur Anpassung von Datenübermittlungsvorschriften im Ausländer- und Sozialrecht befinden sich bereits in der Ressortabstimmung sowie parallel in der Länder- und Verbändebeteiligung und sollen jetzt zeitnah durchs Kabinett.

Weitere Einstufung sicherer Herkunftsstaaten

Für Georgien und die Republik Moldau ist ein entsprechender Gesetzentwurf aus dem BMI bereits im parlamentarischen Verfahren und soll noch dieses Jahr abgeschlossen werden. Durch die Einstufung können die Anträge schneller bearbeitet und die Aufenthaltsdauer in Deutschland verkürzt werden.

Bei Staaten, die als sicher bestimmt werden, wird gesetzlich davon ausgegangen, dass dort generell keine staatliche Verfolgung zu befürchten ist und

dass der jeweilige Staat grundsätzlich vor nicht-staatlicher Verfolgung schützen kann. Diese Vermutung kann im Asylverfahren von den Antragstellenden widerlegt werden. Der Individualanspruch auf Einzelfallprüfung bleibt somit unberührt. Auch die Schutzgewährung ist keinesfalls ausgeschlossen.

Migrationsabkommen

Der Sonderbevollmächtigte der Bundesregierung für Migrationsabkommen Dr. Joachim Stamp steht mit mehreren Ländern in vertraulichen Verhandlungen, die zu schnelleren Rückführungen von Menschen ohne Aufenthaltserlaubnis, klaren Regeln für die Rückübernahme führen sollen aber auch die dringend benötigte reguläre Zuwanderung qualifizierter Menschen in den deutschen Arbeitsmarkt thematisieren.

Aktuell sind das Georgien, Moldau, Kenia, Kolumbien, Usbekistan und Kirgisistan. Auch Staaten im Nahen Osten und in Nordafrika müssen folgen.

Chancenaufenthaltsrecht

Ende 2022 beschlossen, geben wir damit langjährig geduldeten Menschen in Deutschland endlich eine echte Perspektive. Durch diese pragmatische Regelung können bis zu 137.000 grundsätzlich Anspruchsberechtigte profitieren, die bisher oft nicht arbeiten durften und somit Sozialleistungen in Anspruch nehmen mussten. Sie erhalten die Chance, die Voraussetzungen für ein reguläres Bleiberecht zu erfüllen, u. a. indem sie ihren Lebensunterhalt selbst verdienen.

Integrationsmaßnahmen

Integrationskurse wurden für alle Asylsuchenden unabhängig von Herkunft oder Bleibeperspektive im Rahmen vorhandener Kurskapazitäten geöffnet. Zuvor hatten lediglich Asylsuchende mit einer sog. guten Bleibeperspektive (Anerkennungsquote von min-

destens 50 Prozent) Zugang. Damit erhöhen wir im Fall einer Bleibeberechtigung die Chance auf schnellstmögliche und gelingende Integration.

Zudem wollen wir Asylsuchende und Geduldete schnell in Arbeit bringen, ohne die strikte Trennung zwischen Asyl- und Erwerbsmigration aufzugeben.

Außerdem können Asylsuchende auch heute schon zu gemeinnütziger Arbeit, sogenannten Arbeitsgelegenheiten, sanktionsbewährt verpflichtet werden. Auch hier sind die Länder am Zug, diese Regelung umzusetzen.

Gleiches gilt im Übrigen auch für die Gewährung von Sachleistungen. Die gesetzliche Möglichkeit, alle Leistungen für Asylbewerberinnen und Asylbewerber als Sachleistungen zu gewähren, besteht bereits seit geraumer Zeit. Länder und Kommunen wenden diese Möglichkeit wegen des erheblichen Verwaltungsaufwandes bisher kaum an.

Fachkräfteeinwanderungsgesetz

Vor der Sommerpause 2023 beschlossen, haben wir jetzt eines der modernsten Einwanderungsmodelle weltweit und eröffnen Menschen aus Ländern außerhalb der EU wesentlich mehr Möglichkeiten, in Deutschland zu arbeiten.

Außerdem bauen wir bürokratische Hürden ab und beschleunigen die Verfahren für die Erteilung eines Visums. Damit stärken wir die legale Migration, **denn** auch weiterhin steht die SPD-Bundestagfraktion für eine klare Trennung von Asyl- und Erwerbsmigration. Wer keinen Schutz benötigt, aber in Deutschland arbeiten möchte, der soll nicht den Weg des Asylverfahrens, sondern der Arbeits- und Fachkräftemigration nutzen.



pixabay

JUGEND

VERBÄNDE STÄRKEN

Die im Regierungsentwurf vorgesehenen Kürzungen bei den Jugendverbänden werden auf maßgebliches Betreiben der SPD-Fraktion im Bundestag zurückgenommen. Die Verbände im Deutschen Bundesjugendring (DBJR) und in der Deutschen Sportjugend (dsj) werden auch 2024 wieder mit zusätzlichen 4 Millionen Euro aus dem Kinder- und Jugendplan des Bundes gefördert werden. Somit stellen wir 2024 insgesamt knapp 34 Millionen Euro für die Jugendverbandsarbeit zur Verfügung.

Das zeigt deutlich: Die SPD steht trotz der angespannten Haushaltslage fest an der Seite der Jugendverbände. Das ist auch deshalb wichtig, weil sie als „Werkstätten der Demokratie“ gelten. Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene organisieren sich hier in ihrer Freizeit selbst und vertreten ihre Anliegen gemeinschaftlich. Sie bringen ihre Bedürfnisse, Wünsche und Ideen ein, tauschen sich mit anderen dazu aus und setzen das so gefundene Ergebnis gemeinsam um. In Jugendverbänden sammeln junge Menschen Demokratieerfahrungen. Die jetzt beschlossene Stärkung des jungen Engagements ist ein wichtiger Beitrag für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.



Büro Rützel

HANDWERK

UNTERSTÜTZEN

Unser Handwerk in Deutschland ist so wichtig – es ist das Rückgrat unserer Wirtschaft!

Deshalb stärken wir es als SPD-Fraktion im Bundestag gemeinsam mit den Partnern der Ampel-Koalition mit zusätzlichen 20 Millionen Euro für die Fachkräftesicherung.

Mindestens genauso wichtig, wenn nicht sogar noch wichtiger ist es, eine Trendwende in der öffentlichen Wahrnehmung der Handwerksberufe positiv zu begleiten und zu gestalten. Die Verbände machen da schon einen guten Job. Und trotzdem: Wir müssen gemeinsam dafür sorgen, dass dem Handwerk wieder mehr Wertschätzung entgegengebracht wird.

Als gelernter Maschinenschlosser ist mir das ein Herzensanliegen, denn die Erfahrungen und das Knowhow das man in solch einer Ausbildung und im Beruf sammelt, prägen ein Leben lang.

[Hier geht's zu meiner kompletten
Pressemitteilung und Details
des Beschlusses](#)



Büro Rützel

INDUSTRIE

STARK UND ZUKUNFSFEST

"Gemeinsam Industrie und Mittelstand stärken", das war das Motto unserer Wirtschaftskonferenz der SPD-Fraktion im Bundestag. Auf meine Einladung hin waren mit dabei: Michael Becker, Werkleiter im Lengfurter Werk von HeidelbergCement (Bildmitte), und Markus Geigle, Vorsitzender des Aufsichtsrates bei CMBLu Energy Alzenau.

Eine der zentralen politischen Aufgaben in der laufenden Transformation - also dem Wandel hin zu einer zukunftsfähigen, starken Wirtschaft, die Arbeit und Wohlstand für alle ermöglicht, Wachstum schafft und Deutschland wettbewerbsfähig hält - ist es, einen politischen Rahmen zu schaffen, der Unternehmen stärkt. Und es geht um Geschwindigkeit, wie Bundeskanzler Olaf Scholz in seiner Rede betonte. Mit dem Deutschlandpakt setzen wir hier an.



Per Jacob Blut



Büro Miersch

KOMMUNEN

HANDLUNGS- UND ZUKUNFTSFÄHIG

Dass unsere Kommunen für uns als Sozialdemokraten einen hohen Stellenwert haben, war unlängst an der großen Kommunalkonferenz der SPD-Bundestagsfraktion spür- und sichtbar. Zum einen mit der Anwesenheit unseres Bundeskanzlers Olaf Scholz, der eingangs zu den aktuellen Anstrengungen der Bundesregierung zur Unterstützung der Kommunen gesprochen hat.

Zum anderen waren zahlreiche SPD-Bürgermeister und Landräte vor Ort, wie Frammersbachs Bürgermeister Christian Holzemer, der meiner Einladung nach Berlin gefolgt ist (im Bild mit unserer stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Verena Hubertz).

Es stimmt natürlich: In den vergangenen Wochen und Monaten ist die Zahl der Herausforderungen für die Kommunen noch einmal drastisch gestiegen. Mit Pandemie, Krieg oder Inflation wächst auch die Liste der kommunalen Aufgaben. Sie alle haben eine gemeinsame Prämisse: Ohne finanzielle Mittel sind keine Investitionen in die Zukunft möglich. Darüber und wie wir es schaffen, dass unsere Kommunen handlungs- und zukunftsfähig bleiben, haben wir diskutiert.



Bernd Rützel

GEWERKSCHAFT

TRADITION UND MODERNE

Beim IG-Metall-Gewerkschaftstag in Frankfurt ging es um Geschichte und Tradition der Gewerkschaften, aber vor allem auch um ihre Zukunft und ihre Rolle beim Wandel der Arbeit. Unsere Wirtschaft stabil und zukunftsgerichtet zu gestalten, klappt mit und durch starke Gewerkschaften und starke Betriebsräte. Ich habe viele Bekannte getroffen, z.B. die Betriebsratsvorsitzenden von MAN, Daimler Buses, Bosch Rexroth, Betriebsräte von Schaeffler, Kollegen aus dem Deutschen Bundestag und dem EU-Parlament, den ausgeschiedenen IG Metall-

Vorsitzenden Jörg Hofmann und seine Nachfolgerin Christiane Benner, die tags darauf zur Ersten Vorsitzenden gewählt wurde, und viele mehr.

Und eines noch, falls jemand fragt, warum man das alles



braucht? Ganz einfach: Das was wir haben, ist nicht vom Himmel gefallen. Es musste immer hart erkämpft werden. Manchmal wurden Gewerkschafter sogar eingesperrt, gefoltert und ermordet. Das sollten wir uns immer wieder in Erinnerung rufen.



Bernd Rützel

DWD

KLIMA UND ARBEITSSCHUTZ

Der Klimawandel hat Auswirkungen auf unsere Arbeitsplätze und auf den Arbeitsschutz bei uns. Das geht von der Hautkrebsvorsorge für Handwerker und Beschäftigte auf dem Bau bis zu lindernden Maßnahmen während längeren Hitzeperioden. Wir wollen, dass die Beschäftigten unter guten Bedingungen arbeiten und später gesund in Rente gehen können. Darüber habe ich mit Dr. Christina Koppe,

der Leiterin der Abteilung Klima- und Umweltberatung beim Deutschen Wetterdienst, und meinem Kollegen Michael Gerdes, der in der SPD-Fraktion für den Arbeitsschutz zuständig ist, gesprochen.



Büro Rützel



Danke für den sehr guten Austausch und den input von Unternehmens- und Gewerkschaftsseite an (im Bild v.l.) Peter Hauerstein (Niederlassungsleiter Deutsche Post Würzburg), Ayfer Arayici (Betriebsratsvorsitzende Deutsche Post Würzburg), MdB Volkmar Halbleib und David Merck (Ver.di Landesfachbereichsleiter Postdienste). Bild: Büro Rützel

POST

FAIR, SOZIAL, ÖKOLOGISCH

Voll besetzt war der Saal in Karlstadt bei meiner Veranstaltung mit Verdi und der Deutschen Post zur Reform des Postgesetzes.

Das letzte Postgesetz stammt aus dem Jahr 1996. Seitdem hat sich die Welt rasant verändert. Die fortschreitende Digitalisierung und der Boom im Onlinehandel verändern das Tagesgeschäft und bringen immer wieder neue Herausforderungen mit sich.

Während einige meinen, der Markt würde das schon regeln und es müsse einfach mehr Wettbewerb (und weniger Regulierung) her, stehen wir an der Seite von Verdi, den Postbeschäftigten und ihren Betriebs-

räten. Gerade im Paketbereich sehen wir, dass mehr Wettbewerb ausschließlich zu Lasten der Beschäftigten geht, auch wenn wir dem mit dem Paketbotenschutzgesetz in 2019 begegnet sind.



Büro Rützel

Und auch im Briefbereich nähert sich die Lage dieser Situation an. Die Deutsche Post ist da mit und durch ihre starken Betriebsräte, Tarifbindung, gute Arbeitsbedingungen, die Arbeit von Verdi und vielem mehr noch ein verlässlicher Arbeitgeber.

Unsere Position ist klar: Wettbewerb muss fair sein, mit klaren Regeln, und das Postgesetz entsprechend mit deutlich sozialer und ökologischer Ausrichtung. Er darf nicht auf dem Rücken der Beschäftigten stattfinden, mit schlechten Arbeitsbedingungen und niedrigen Löhnen. Dafür setzen wir uns ein.



Büro Rützel

KURZ & KNAPP

WEITERE TERMINE IM OKTOBER



Bernd Rützel

BERLIN

Beim Hausfest der IG Metall habe ich zusammen mit dem scheidenden Vorsitzenden Jörg Hofmann auf die vergangenen Jahren zurückgeblickt. Gemeinsam haben wir in den letzten Jahren viel erreicht, und wir kämpfen weiter für gute Arbeitsbedingungen, Mitbestimmung im Betrieb und Arbeitnehmerrechte. Der Einsatz für gute Arbeit verbindet uns einfach.



Bernd Rützel

ASCHAFFENBURG

Gleiches gilt auch in Sachen Zusammenarbeit mit dem DGB. Zum 7. Oktober - dem Welttag für menschenwürdige Arbeit - hatte der DGB Unterfranken zum Jahresempfang nach Aschaffenburg eingeladen. Neben dem Austausch haben wir auch den Film „Wie im echten Leben“ angeschaut. Sehr sehenswert!



Büro Rützel

BERLIN

Die Rummelberger Diakonie hat in Bayern mehr als 300 Dienste und Einrichtungen für Kinder, Jugendliche, Familien, Menschen mit Behinderungen und Seniorinnen und Senioren. Mit Dr. Tobias Gaydoul und Karl Schulz aus dem Vorstand habe ich darüber gesprochen, wo die größten Herausforderungen für die Zukunft liegen. Wir müssen die Sozialwirtschaft unterstützen, ihre Arbeit ist wichtig für uns - von der Wiege bis zur Bahre.



Büro Rützel

BERLIN

Mit Karina Schnur, der Vorsitzenden des Konzernbetriebsrats MAN Truck & Bus und TRATON habe ich mich über die Transformation in der Arbeitswelt ausgetauscht, über Jobsicherheit im Wandel, über Ladelösungen für E-LKW auf unseren Straßen und darüber, wie wir Fachkräfte gewinnen können – und die, die wir haben, behalten.

KURZ & KNAPP

WEITERE TERMINE IM OKTOBER



Büro Rützel

BERLIN

Mit Steven Haarke (Geschäftsführer Arbeit, Bildung, Sozial- und Tarifpolitik) und Gesa von dem Bussche (Referentin Arbeits- und Sozialrecht) vom Handelsverband Deutschland sprach ich über Fach- und Arbeitskräfte im Einzelhandel, das Arbeitszeitrecht sowie Ladenöffnungszeiten und Sonntagsöffnungen. Mir ist es immer wichtig, alle Seiten anzuhören, die der Arbeitgeber genauso wie die der Gewerkschaften. Meine Meinung bilde ich mir dann selbst.



Bernd Rützel

BERLIN

Transfergesellschaften helfen Beschäftigten, die gekündigt wurden bei der Orientierung und Jobsuche. Susanne Dohrmann von Mypegasus hat mir erzählt, dass sie dabei eine Erfolgsquote von 90 Prozent haben. Mit dabei waren auch meine Kollegin, Natalie Pawlik, die Fachfrau für die Weiterbildung ist und

Hagen Wolfstetter, Vorsitzender der Kommission Arbeit und Soziales des Bundesverbands mittelständische Wirtschaft. Es gibt wahrlich genug Arbeit für Alle - und wenn alle Hand in Hand wirken, findet jede und jeder eine Stelle, die auch Freude macht!



Bernd Rützel

FRANKFURT

Auf der Buchmesse habe ich den Stand vom vorwärts-Verlag besucht und mich mit meinem Kollegen und SPD-Generalsekretär Kevin Kühnert ausgetauscht. Auch heuer wieder eine empfehlenswerte Messe.



Büro Rützel

NANTENBACH

Die neue Werkstatt für Menschen mit Behinderungen wurde eingeweiht. 122 Arbeitsplätze bieten die Mainfränkischen Werkstätten nun hier an. Gemeinsam mit (v.l.) MdL a.D. Heinz Kaiser, Geschäftsführer Dieter Körber, der kommunalen Behindertenbeauftragten im Landkreis Main-Spessart, Elena Reinhard, und Prokurist Simon Haupt habe ich mir die sehr gelungene Anlage angeschaut.

KURZ & KNAPP

WEITERE TERMINE IM OKTOBER



Bernd Rützel

BERLIN

Das Baugewerbe ist ein wichtiger Wirtschaftszweig in Deutschland. Zur Absicherung der Beschäftigten leisten die zusätzlichen Sozialkassen in der Bauwirtschaft – abgekürzt SOKA-BAU - einen wichtigen Beitrag. Auf Basis von Tarifverträgen regelt die SOKA-BAU Urlaubsansprüche, betriebliche Altersversorgung und Ausbildungsförderung in der Bauwirtschaft. Der stete Austausch ist mir entsprechend sehr wichtig.

Und nicht zuletzt trifft man bei solchen Zusammenkünften neben lieben Kolleginnen und Kollegen auch immer wieder interessante Persönlichkeiten, wie in diesem Jahr den beliebten fränkischen Fernseh- und Sternekoch Alexander Herrmann.



Bernd Rützel



Büro Rützel

BERLIN

Beim Parlamentarischen Abend der Bayerischen Industrie- und Handelskammern (IHK) habe ich auf dem Podium über Verkehrsthemen diskutiert, so unter anderem über das Infrastrukturbeschleunigungsgesetz, mehr Spielraum für die Kommunen in Sachen Straßenverkehr und die Ausweitung der Maut. Mit den kalkulierten jährlichen Zusatzeinnahmen von 7,6 Milliarden Euro wollen wir marode Brücken und Park- und Rastplätze im Land sanieren. Und die Hälfte soll in den Schienenverkehr investiert werden.



Bernd Rützel

GEMÜNDEN

Am Stand der SPD Gemünden auf dem Herbstmarkt hatte ich in diesem Jahr dienstfrei. Ein Besuch, Gespräche und leckere Crêpes gehören aber natürlich trotzdem dazu.

KURZ & KNAPP

WEITERE TERMINE IM OKTOBER



Bernd Rützel

MAINASCHAFF

125 Jahre SPD Ortsverein Mainaschaff. Das ist ein stolzes Jubiläum, das gefeiert werden muss, u.a. mit MdL Martina Fehlner (Mitte), Bürgermeister Moritz Sammer (rechts), stellv. Vorsitzender SPD Landkreis Aschaffenburg Simon Dümig (links) und Gemeinderäten und Aktiven der SPD Mainaschaff. Hier wird gute Kommunalpolitik für die Bürger gemacht. Die SPD ist mit acht Mitgliedern die größte Fraktion im Rat, und hat einen engagierten und aktiven Ortsverein hinter sich. Vielen Dank für Euer Engagement und weiter so.



Büro Rützel

BERLIN

Als Vorsitzender des Ausschusses für Arbeit und Soziales habe ich mit 30 hochrangigen französischen Beamtinnen und Beamte über Sozialpolitik und ihre nachhaltige Finanzierbarkeit gesprochen. Ein interes-

sierter Austausch mit Staatsdienern vom Rechnungshof und von den höchsten Kontrollinstanzen der Sozial- und Finanzministerien, Vertretern der französischen Renten- und Krankenkassen, der öffentlichen Bank, der Arbeitgeber und Gewerkschaften.



BERLIN

Eine Delegation aus dem rumänischen Parlament war unlängst zu Gast beim Ausschuss für Arbeit und Soziales. Wir haben über die Situation rumänischer Arbeitskräfte gesprochen, die in Deutschland arbeiten. In den letzten Jahren haben wir einiges erreicht. Vor allem für die vielen Rumänen, die in der Fleischbranche arbeiten, hat sich vieles gebessert. Auch die verstärkten Kontrollen zeigen Wirkung.



Büro Rützel

BERLIN

Auf meine Einladung waren die Schülerinnen und Schüler des M-Zug der Gustav-Woehrnitz-Mittelschule in Lohr mit ihren Lehrkräften in Berlin. Vielen Dank für Euren Besuch und die lebhaft Diskussion.

GASTBEITRAG

VON MDL MARTINA FEHLNER

Büro Martina Fehln



Landtagsabgeordnete
für Aschaffenburg-West

Betreuungsabgeordnete für AB-Ost,
Main-Spessart und Miltenberg

Tourismus-, Medien- und Forstpoliti-
sche Sprecherin der SPD-Fraktion

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

es war ein intensiver Wahlkampf – und am Ende leider auch ein enttäuschendes Ergebnis für die SPD in Bayern.

Umso mehr bin ich dankbar für die vielen Menschen, die mir bei der Landtagswahl am 8. Oktober in meinem Stimmkreis ihr Vertrauen geschenkt haben. Dieses Vertrauen weiß ich sehr zu schätzen. Und natürlich freue ich mich sehr, auch in der neuen, der 19. Legislaturperiode dem Bayerischen Landtag angehören zu dürfen. Das ermöglicht mir, auch in den kommenden fünf Jahren die Interessen der Menschen vor Ort nach München zu tragen und dort gut zu vertreten. Mit viel Freude, Engagement und Hartnäckigkeit in der Sache will ich mich auch in Zukunft für meine Heimat hier am Bayerischen Untermain und eine gerechte Politik in ganz Bayern einsetzen. Das verspreche ich.

Die Zusammensetzung des neuen Landtags wird anders, herausfordernder sein als bisher. Auch ist die SPD-Fraktion abermals kleiner geworden. Sie umfasst nunmehr 17, statt bisher 22 Abgeordnete. Umso mehr bin ich davon überzeugt, dass die bayerische Politik auch künftig eine starke sozialdemokratische Komponente braucht. Für uns Abgeordnete heißt

das, dass wir unsere Kernthemen – von der Bildungspolitik bis zur Verkehrswende – noch klarer benennen und mit noch mehr Nachdruck an unseren politischen Forderungen dranbleiben müssen.

Die Welt ist zurzeit von großer Unruhe und Unsicherheit geprägt: Noch immer wütet Putins Krieg in der Ukraine mit aller Grausamkeit. Die Angriffe der Hamas auf Israel haben das Potenzial, zu einem Flächenbrand in Nahost zu eskalieren. In Deutschland bereitet die wirtschaftliche, aber auch die weltpolitische Lage vielen Menschen zunehmend Sorgen. Ich hoffe, dass die Ampelkoalition in Berlin wieder Aufwind und neue Strahlkraft bekommt. Was wir jetzt brauchen, um durch unruhige Zeiten zu navigieren, sind Stabilität, Maß und klare Regelungen. Auch hier in Bayern.

Derzeit konstituieren sich die 14 Ausschüsse des Bayerischen Landtages. Am 30. Oktober tritt das Landesparlament dann erstmals zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Wichtige Aufgaben liegen vor uns. Ich freue mich darauf, die bayerische Politik weiterhin mitgestalten zu dürfen.

Herzlichst

Ihre Martina Fehln



Abgeordnetenbüro Martina Fehln, MdL
Goldbacher Straße 31, 63739 Aschaffenburg
Tel: 06021 22244 | Fax: 06021 451604
buergerbuero@martina-fehln.de